

Umgestaltung des „Justitiaparks“: Bürger wollen bereits beschlossene Pläne umwerfen

Politik sucht nach neuen Beteiligungsformen

Von unserem Mitarbeiter
Jörg Teichfischer

NEUSTADT. Reichen die demokratischen Mittel und Mitwirkungsmöglichkeiten aus, oder müssen neue Wege der Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungen gefunden werden? Diese Frage stellt sich derzeit im Zuge der Umgestaltung der Neustadtwallanlagen.

Die konkreten Pläne des Umbaus lagen öffentlich aus, wurden in einer durch die Presse, im Internet sowie durch das „schwarze Brett“ im Ortsamt angekündigten Beiratssitzung im April dieses Jahres behandelt und gingen durch das Prüfverfahren der „Träger öffentlicher Belange“. Dennoch zeigten sich einige Neustädter überrascht, als kürzlich die Arbeiten im „Justitiapark“ zwischen Langemarkstraße und Hohentorstraße aufgenommen wurden und die ersten Bäume fielen.

Denn das Auslichten des Buschwerkes und damit das Fällen von Bäumen ist Bestandteil des Planes zur Verbesserung des Grüngürtels in der Neustadt. Um einen besseren Überblick zu bie-

ten und so genannte „Angsträume“ zu vermeiden, können selbst gesunde Bäume ersetzt werden.

Erschwerend kommt gegenwärtig hinzu, dass die normale Herbststrodung von Stadtgrün stattfindet, bei der ohnehin schon geschwächte Bäume ausgedünnt werden, um Schäden bei Sturm und Schneelast vorzubeugen. Ein Unbekannter wollte sich wohl einen schlechten Scherz erlauben, als er in dem Parkgelände östlich der Langemarkstraße in der Nähe des Hallenbades einige Bäume mit einem roten Punkt markierte, so dass bei vielen der Eindruck entstand, das Holz könnte ebenfalls zum Fällen freigegeben sein.

Die aufgebrachtten Bürger, die am Freitag das Neustädter Ortsamt „stürmten“ und ihre Wut über die anlaufende Baumfällung bei Ortsamtsleiter Klaus-Peter Fischer abließen, zeigten sich überrascht von der Tatsache, dass die Pläne zuvor öffentlich besprochen wurden und auslagen.

Trotz der erfolgten Einbeziehung aller Beteiligten nach dem gängigen Verfahren, will Stadtgrün auf der kommenden Bei-

ratssitzung am Donnerstag, 13. Oktober, ab 19.30 Uhr im Ortsamt über neue Formen der Kooperation zwischen Verwaltung und Bürgern Vorschläge unterbreiten. Daran hat auch Ortsamtsleiter Fischer ein Interesse, denn neben den Baumfällen musste auch er als Sündenbock der Abholz-Gegner herhalten und fand sogar in seiner Privatwohnung von Kinderhand gemalte Plakate mit der Aufschrift „Baummörder“. Seine Konsequenz: „Wenn der Bürger nicht zu uns kommt, müssen wir dort hingehen, wo er sich aufhält“, so seine Lehre aus dem Vorfall. Geplant ist, regelmäßig an öffentlich zugänglichen Orten für ein lockeres Gespräch bereit zu stehen.

Etwas Positives hat der Vorgang allerdings bewirkt: Mehrere Bürger haben sich dafür interessiert, wie sie in den Beirat gewählt werden könnten und welche Einflussmöglichkeiten das Gremium bietet. Die morgige Sitzung des Lokalparlaments wird daher sicher sehr gut besucht sein. Weitere Themen sind der Umzug des Lidice-Hauses sowie ein Bericht zur Umbenennung der Langemarkstraße.



Der „Justitiapark“ wurde zwischen Langemarkstraße und Hohentorstraße ausgedünnt, so dass der Blick bis nach PUSDORF frei ist. Foto: Jörg Teichfischer